



Presseschau vom 26.12.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Explosionen in Damaskus: Fernsehen berichtet von Raketenangriff**

Die syrische Hauptstadt Damaskus soll am Dienstagabend mit Raketen angegriffen worden sein. Die Armee konnte laut Staatsfernsehen mehrere Raketen abfangen. Ein Sputnik-Korrespondent vor Ort berichtet von Explosionen in der syrischen Hauptstadt.

„Die Luftverteidigung Syriens hat über den westlichen Vororten von Damaskus mehrere Raketen abgefangen“, berichtete der Fernsehsender Ikhbariya ohne nähere Angaben.

vormittags:

wpered.su: **Neujahrsglückwunsch des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der SKP-KPSS Kasbek Tajsajew**

An den ersten Sekretär des ZK der KP der DVR

B. A. Litwinow

Sehr geehrter Boris Alexejewitsch!

Ich beglückwünsche Sie, die Kommunisten und Anhänger unserer Partei zum bevorstehenden Neuen Jahr 2019!

Das zu Ende gehende Jahr 2018 wird bald Teil unserer Geschichte sein. Es wird für uns

Kommunisten, für die ganze fortschrittliche Menschheit als Jahr des 100. Jahrestags des Leninschen Kommunistischen Allunionsjugendverbands und des 101. Jahrestags des Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bedeutsam sein.

Es wird für unseren kompromisslosen Kampf gegen den Angriff der Bourgeoisie auf die sozialen Rechte des arbeitenden Volkes, gegen Antikommunismus, Nationalismus und Verfälschung unserer Geschichte bedeutsam sein.

Auf dass das kommende Jahr für Sie erfolgreich und positiv sei, dass alles gelingt und alle Pläne realisiert werden. Neujahr ist ein heller Feiertag, der in der Lage ist, alle Träume und Wünsche Wirklichkeit werden zu lassen. Wie das kommende Jahr sein wird, hängt von jedem von uns ab. Deshalb will ich Ihnen und allen Kommunisten vor allem Glauben an sich selbst und die eigenen Kräfte, große Heldentaten, Entdeckung und Hoffnungen wünschen. Wir müssen einander unterstützen, vereint und gemeinsam sein, Schulter an Schulter für unsere Ideen und Bestrebungen kämpfen. Und wir werden sie auf jeden Fall verwirklichen!

Zum Neuen Jahr wünsche ich Ihnen, Ihrer Familie, Ihren Freunden, Genossen eine Feststimmung, starke Gesundheit, keinerlei Kümmernisse und Besorgnis! Und dass das neue Jahr 2019 unseren Ländern und Völkern Glück und Erblühen bringe! Wohlergehen Ihnen und Ihren Freunden! Zum Neuen Jahr!

Mit Hochachtung

Der erste stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der SKP-KPSS

K.K. Tajsajew

de.sputniknews.com: „**Kein Vertrauen mehr**“: **Moskau will Weißrussland nicht mehr gratis helfen**

Russland wird seinem Nachbarland Weißrussland keine unentgeltliche Hilfe mehr erweisen. Das erklärte Finanzminister Anton Siluanow am Dienstag in Moskau nach Angaben der Agentur RBK.

„Man darf nicht einseitig profitieren. Sie sind unser Nachbar, unser Verbündeter aus dem Unionsvertrag. Aber das Vertrauen schwindet in letzter Zeit“, sagte der Minister. Moskau und Minsk seien nicht so eng verbunden, dass Russland seine Subventionen verschenke. Siluanow sagte ferner, dass Russland kein Vertrauen zum weißrussischen Zolldienst hat. In diesem Zusammenhang sprach er sich für gemeinsame Aktivitäten der beiden Zollstellen und für einen aktiveren Austausch von Daten aus. Moskau hatte Minsk zuvor mehrmals vorgeworfen, von russischen Gegensanktionen verbotene Lebensmittel und gefälschte Zigaretten nach Russland zu exportieren.

Vor einigen Jahren hatte Weißrussland Öl und Ölprodukte in Russland wegen fehlender Ausfuhrzölle zu vergünstigten Preisen bezogen und es über die Grenzen der Zollunion getarnt als Lösungsmittel reexportiert. Dabei bekam der russische Haushalt aus ihrem Verkauf keine Exportzölle, weil Lösungsmittel im Gegensatz zu Öl und Ölprodukten nicht unter ein entsprechendes Abkommen fielen.

Vereinbarungsgemäß kauft Weißrussland seit 2017 jährlich rund 24 Millionen Tonnen russisches Öl. In Wirklichkeit bezieht Minsk nur 18 Millionen Tonnen, der Rest wird reexportiert und die Ausfuhrzölle werden vom weißrussischen Haushalt kassiert.

Dieses Schema wird 2014 gestoppt, nachdem Russland sein Steueranöver in der Ölbranche abgeschlossen hat. Demnach sollen Ausfuhrzölle schrittweise durch die Fördersteuer ersetzt werden, was russisches Öl für Weißrussland teurer macht. Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko bezifferte die Gesamtverluste seines Landes infolge des russischen Steueranövers mit 10,5 Milliarden US-Dollar.

Die von Weißrussland geforderte Entschädigung wurde von Russland abgelehnt. „Das Steueranöver ist eine innere Angelegenheit Russlands. Minsk sollte eine gegenseitig vorteilhafte Politik betreiben, um künftig mit russischen Subventionen zu rechnen“, betonte Finanzminister Siluanow.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij, Shelobok und Losowoje**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen.

Ukrinform.ua: **Russland setzt ukrainische Verteidigungsunternehmen auf Sanktionsliste**
Die Liste der ukrainischen Unternehmen, gegen die die russische Regierung Wirtschaftssanktionen verhängt hat, wurde durch die Verteidigungs- und Energieunternehmen des Landes ergänzt.

Die vollständige Liste der Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen ist auf der Webseite der Regierung der Russischen Föderation veröffentlicht.

„Die Liste umfasst insbesondere den Konzern ‚Ukroboronprom‘ und das Militärunternehmen ‚Ukrspeszexport‘. Außerdem wurden die Sanktionen gegen die öffentliche Aktiengesellschaft ‚Zentrengo‘ und die ‚Staatliche Export- und Importbank der Ukraine‘ verhängt“, heißt es im Bericht.

Des Weiteren betreffen die neuen Beschränkungen den Leiter der Hauptverwaltung für Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine, Wasyl Burba, den Bürgermeister von Odessa, Gennadij Truchanow, den Abgeordneten der Werchowna Rada vom Oppositionsblock, Oleksandr Wilkul und den ersten stellvertretenden Leiter des Innenministeriums der Ukraine, Serhij Jarowyj, eine Reihe von Abgeordneten der Parteien ‚Block von Petro Poroschenko‘ und ‚Samopomitsch‘ (‚Selbsthilfe‘) sowie Beamte.

de.sputniknews.com: **Marinechef warnt vor Aufstockung strategischer Nato-Waffen nahe Russlands Grenzen**

Die USA bauen ihr strategisches Waffenarsenal entlang den russischen Grenzen aus. Dies erklärte der Oberbefehlshaber der Russischen Seekriegsflotte Wladimir Koroljow. Ihm zufolge wird die Seekriegsflotte im Jahre 2019 im Weltozean vor allem wegen der wachsenden Anzahl von „Veranstaltungen der operativen und Kampfvorbereitung durch die USA und Nato-Staaten nahe den russischen Grenzen“ präsent sein. Als weiteren Grund für die Präsenz der russischen Seekriegsflotte nannte Koroljow den „Aufbau der amerikanischen Marineraketenabwehrsysteme, strategischen konventionellen Präzisionswaffen und militärischen Infrastrukturobjekte in den Gewässern an Russlands Grenzen“.

Er fügte hinzu, dass die Zahl der Kräfte der Seekriegsflotte im Weltozean 2019 es ermöglichen, jegliche Seebedrohungen auszuschließen. Derzeit erfüllen ihm zufolge circa 100 Kampfschiffe unterschiedlicher Klassen ihre Aufgaben auf hoher See.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 25. Dezember 3:00 Uhr bis 26. Dezember 3:00 Uhr**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen 18.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Jasinowataja, Krutaja Balka, Spartak, Staromichajlowka, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Sachanka, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 115.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 104.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Maas kündigt Widerstand gegen Stationierung von US-Mittelstreckenraketen an

Bundesaußenminister Heiko Maas hat sich gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ausgesprochen. Sollte der INF-Vertrag zwischen Russland und USA platzen, wird dies auf Widerstand stoßen, sagte er in einem Interview der dpa. „Europa darf auf gar keinen Fall zum Schauplatz einer Aufrüstungsdebatte werden“, sagte Maas. „Eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen würde in Deutschland auf breiten Widerstand stoßen.“

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin in seiner Jahrespressekonferenz vor der wachsenden Gefahr eines Atomkriegs und die Europäer davor gewarnt, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium zuzulassen.

„Was ist, wenn diese Raketen in Europa auftauchen? Was sollen wir tun? Natürlich müssen wir unsere Sicherheit auf irgendeine Weise gewährleisten. Sie sollen danach nicht wimmern, weil wir einige Vorteile erzielen. Wir arbeiten nicht daran, einen Vorteil zu erzielen, sondern an der Bewahrung des Gleichgewichts“, bemerkte Putin.

In dem dpa-Interview zeigte sich Maas ebenso besorgt über diese Entwicklung:

„Nukleare Aufrüstung ist ganz sicher die falsche Antwort“, betonte er. „Die Politik aus den 80er Jahren hilft nicht, um die Fragen von heute zu beantworten.“

Der Bundesaußenminister sprach von der Wichtigkeit einer neuen Rüstungskontrollarchitektur: „Diese sollte nicht nur nukleare Waffen beinhalten, sondern auch moderne autonome Waffensysteme, die völlig außerhalb menschlicher Kontrolle töten, wie zum Beispiel Killer-Roboter.“

Zuvor hatte der US-Präsident Donald Trump mitgeteilt, dass die Vereinigten Staaten nicht im Begriff seien, den Vertrag über die Raketen der kurzen und mittleren Reichweite einzuhalten, weil Moskau ihn verletze, und aus dem Vertrag austreten würden. Der US-Präsident erklärte zudem, dass Washington die Rüstungen weiter entwickeln werde. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte seinerseits, dass Moskau eine detailliertere Erläuterung von den USA bekommen wolle, und ergänzte, dass der Bruch der Vertragsbestimmungen des INF-Vertrages Russland dazu zwingen würde, Maßnahmen zur Gewährleistung seiner Sicherheit zu ergreifen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow warnte, dass jegliche Handlung in diesem Bereich auf eine Gegenhandlung stoßen werde.

Laut dem Vize-Außenminister Sergej Rjabkow will Russland deutliche Erläuterungen über die weiteren Schritte der USA hinsichtlich des INF-Vertrags von dem Nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, bekommen, der am Sonntag in Moskau eingetroffen war.

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat den Erlass Nr. 152 vom 25.12.2018 „Über die Realisierung von Maßnahmen zum Wiederaufbau des kommunalen

Wohnraums und die folgende Vergabe an bestimmte Kategorien von Bürgern, die unter den Kriegshandlungen gelitten haben“ unterzeichnet.

Das Oberhaupt der DVR hat eine Anweisung an die Verwaltungen von Städten und Bezirken gegeben, eine Liste freier, nicht belegter Objekte des Wohnraums aus kommunalem Eigentum zu erstellen, Schadens- und Planungsakten zu erstellen und dann eine Haushaltsanfrage zur Zuteilung von Finanzen zur Durchführung der Reparatur an den Objekten des kommunalen Wohnraums durchzuführen.

Die Ausgaben für diese Arbeiten werden für die Bildung des Haushalts für das 2. Quartal 2019 berücksichtigt.

In dem Erlass sind auch die zukünftigen Bewohner des renovierten Wohnraums festgelegt:

- Familien verstorbener Soldaten;
- Familien von Soldaten, die keinen Wohnraum auf dem Territorium der DVR haben;
- Personen, deren Wohnraum sich auf dem Territorium der DVR befindet und vollständig oder teilweise infolge der Kriegshandlungen zerstört wurde;
- umgesiedelte Personen, die keinen Wohnraum auf dem Territorium der DVR haben.

de.sputniknews.com: **Ex-Präsident Polens rügt sich wegen Russland**

Der ehemalige polnische Präsident und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa bereut, dass er während seiner Amtszeit die Beziehungen zwischen seinem Land und Russland nicht verbessert hat. Das teilte er in einem Interview mit RIA Novosti mit.

Walesa hat seinen Worten zufolge trotz der guten Beziehungen zum damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin nicht vermocht, die Beziehungen zu Russland zu verbessern.

„Ich hatte solche Pläne, und mit ihm (Jelzin – Anm. der Red.) hätte dies geklappt. Er war ein offener Mensch“, sagte Walesa. „Wir würden wirklich bessere Beziehungen haben, weil wir gute Beziehungen haben sollen.“

Walesa betonte außerdem, dass aus einem Streit zwischen zwei Seiten eine dritte Seite den Vorteil ziehe, was jede der Konfliktseiten verstehen müsse. Der polnische Politiker rügte sich dafür, dass er in seiner Amtszeit keine Normalisierung der Beziehungen mit Moskau erreichte. Er habe es aus zeitlichen Gründen nicht geschafft.

„Ich hatte zu viele Probleme, und ich hatte das für die zweite Amtszeit vorgesehen, aber dann bei den Wahlen verloren“, erinnert sich Walesa.

„Das Konzept brach zusammen, ich bekam keine zweite Amtszeit, obwohl ich sicher war, dass ich sie kriegen würde. Ich habe wegen dieser Zuversicht verloren.“

Lech Walesa war von 1990 bis 1995 polnischer Staatschef. Im vergangenen Jahr hat die polnische Staatsführung ihm erneut falsche Aussage bezüglich seiner angeblichen Kooperation mit den Geheimdiensten zur Zeit der Volksrepublik Polen vorgeworfen. Walesa wurde auch früher wegen des Verdachts auf Kooperation mit Geheimdiensten kritisiert.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30549/75/305497567.jpg>

nachmittags:

Dnr-online.ru: Am 25. Dezember gratulierte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in feierlicher Atmosphäre Soldaten der Volksmiliz zum Neuen Jahr.

Der oberste Kommandeur unterstrich die hohe Verantwortlichkeit und Treue zur Pflicht, die für die Verteidiger der DVR charakteristisch ist.

„Die Einwohner der Republik schätzen Ihre militärische Tätigkeit, Ihre täglichen Heldentaten hoch. Wir wissen, dass Sie eine zuverlässige Festung unseres Staates sind und solange Sie auf Ihrem Posten sind, der Feind nicht durchkommen wird.

Ja, Sie sind immer auf Ihrem Posten. Und selbst in den Sekunden, wenn die Uhr das neue Jahr anzeigt, werden sich viele von Ihnen an der Front befinden, in den Schützengräben und Unterständen. Das Volk des Donbass wird Ihre Heldentaten, Ihre Opfer nicht vergessen.

Damit unsere Familien, unsere Kinder das Neujahrsfest froh und hell feiern, riskieren Sie ihr Leben hier an der Front, bei einem möglichen sehr harten Angriff des Feindes.

Die Wahrscheinlichkeit von Provokationen ist sehr hoch: unser Feind hat die Angewohnheit angenommen, die Republiken an Festtagen und für uns heiligen Tagen anzugreifen. Aber ich weiß, dass Sie nicht in Schwanken geraten, der Feind wird zerschlagen werden“, sagte Denis Puschilin.

Während der feierlichen Zeremonie überreichte das Oberhaupt der DVR Auszeichnungen, „Georgskreuze“ verschiedener Stufen an Soldaten der Volksmiliz. Außerdem wurden an diesem Tag einige Soldaten für besondere Verdienste postum mit einer der höchsten Auszeichnungen der DVR, dem Orden der Republik, ausgezeichnet.

de.sputniknews.com: US-Truppenabzug aus Syrien beendet nicht Vorgehen von Koalition – Sacharowa

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat während ihres wöchentlichen Briefings die Informationen über den US-Truppenabzug aus Syrien kommentiert.

US-Präsident Donald Trump hatte zuvor den Sieg über die Terrormiliz „Islamischer Staat“* in Syrien verkündet. Seinen Worten zufolge war das der einzige Grund für den Aufenthalt der

US-amerikanischen Truppen in diesem Land. Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, teilte später mit, die USA hätten mit dem Truppenabzug aus Syrien begonnen, aber der Sieg über den IS bedeute nicht, dass die (US-geführte) Koalition ihre Existenz beende.

„Wir verfolgen aufmerksam die Umsetzung der am 19. Dezember von US-Präsident Donald Trump angekündigten Entscheidung über den Abzug der amerikanischen Truppen aus Syrien. Wir verstehen die Wichtigkeit dieser Entscheidung, die nach unserer Einschätzung darin besteht, zur komplexen Regelung der Situation beizutragen“, so Sacharowa.

Keine Klarheit bei Zeitplan von US-Truppenabzug

„Uns sind die Ursachen und Motive dieses Schritts nicht ganz klar. Auch gibt es keine Klarheit in Bezug auf den Zeitplan des US-Truppenabzugs. Wir orientieren uns natürlich an Medienberichten, wonach der volle Abzug des US-Landkontingents aus dem Nordosten Syriens und aus dem Bezirk Al-Tanf im Süden des Landes innerhalb von zwei bis drei Monaten verwirklicht werden kann.“

Ferner sagte Sacharowa: „Amerikanische offizielle Vertreter legen nahe, dass der Truppenabzug vom syrischen Territorium keine Einstellung der Tätigkeit der internationalen, von den USA angeführten Koalition im Kampf gegen den IS („Islamischer Staat“; auch Daesh) bedeutet.“ Die offiziellen Personen der USA hätten keine klaren unzweideutigen Erklärungen in Bezug auf ihre eigene Strategie. „Das sind nur Halbandeutungen, sehr verschleierte Formulierungen“, fügte Sacharowa hinzu.

Wer wird die von den Amerikanern zurückgelassenen Territorien kontrollieren?

„Hier entsteht eine prinzipielle Frage: Wem wird die Kontrolle über die von den Amerikanern zurückgelassenen Territorien übergeben? Es liegt nahe, dass das die Regierung Syriens sein sollte – nach internationalem Recht und ausgehend davon, welchen Weg Syrien und die syrische Bevölkerung gegangen sind“, so Sacharowa.

Es gebe aber keine Angaben über jegliche Kontakte zwischen Washington und Damaskus zu dieser Frage.

Unter anderem äußerte sich die Sprecherin des russischen Außenministeriums zu folgenden Themen:

Appell an OPCW

„Wir rufen das technische OPCW-Sekretariat dazu auf, sich mit seiner direkten Aufgabe zu befassen, die Ermittlung des Vorfalls in der Stadt Duma in kürzester Zeit abzuschließen, die unabhängig, transparent, hochprofessionell und ohne Rücksicht auf etliche politische Anweisungen irgendwelcher Länder des Westens, auch von einflussreichen, durchgeführt werden muss.“

Pläne zu Reduzierung der US-Truppenstärke in Afghanistan

Washington will sich offenbar auch aus Afghanistan zurückziehen

„Wir halten diesen Schritt für richtig, denn er ist fähig, den Beginn des Friedensprozesses näherzubringen. Es bleibt nur noch zu schauen, wie dies tatsächlich realisiert wird, weil wir zuvor viel davon gehört haben, was in dieser Richtung von den Amerikanern nicht erfüllt worden ist.“ Damit kommentierte Sacharowa Informationen über die US-Pläne zur Reduzierung der Truppenstärke in Afghanistan.

Die USA sind seit 2001 in Afghanistan mit Truppen präsent. Etwa 14.000 Soldaten sind dort immer noch stationiert – ein Frieden in dem Land ist dennoch weiterhin nicht in Sicht. Nun berichten unter anderem die „New York Times“ und das „Wall Street Journal“, dass etwa die Hälfte dieser Truppen abgezogen werden soll. Die Zeitungen berufen sich dabei auf namentlich nicht genannte Regierungsbeamte.

Auch andere Medien wie der Fernsehsender CNN sowie die Nachrichtenagenturen AFP und Reuters berichten von entsprechenden Plänen der Trump-Administration.

*„Islamischer Staat“ (auch IS, Daesh) – eine in Russland verbotene Terrorvereinigung.

Lug-info.com: Mehr als 3500 Einwohner der Republik haben an dem Marsch „Donbass.

Unbezungen“ teilgenommen, der heute auf dem zentralen Platz der Lugansk, dem Oboronnaja-Platz stattfand.

Der Zug begann am Denkmal „Sie verteidigten die Heimat“ und endete am Platz vor dem Denkmal Taras Schewtschenkos mit dem Aufrichten einer Staatsflagge der LVR. Die Teilnehmer trugen ein Georgsband, LVR-Fahnen und Fahnen der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ und begleiteten ihn mit Losungen „Wenn wir vereint sind, sind wir unbesiegbar“, „Einer für alle und alle für einen“, „Lugansk ist eine russische Stadt“, „Wir sind Lugansker und wir sind stolz darauf“.

„Mit dem heutigen Marsch ‚Donbass. Unbezungen‘ zeigen wir am Ende des Jahres 2018 nicht nur dem Kiewer Regime, sondern der ganzen Welt, dass hier trotz des Krieges, trotz allem Menschen Leben, weiter arbeiten“, sagte der Koordinator des Projekts „Junge Garde“ von „Mir Luganschtschine“ Wladislaw Walijew.

„Niemand ist von hier weggegangen und niemand geflohen. Die Studenten lernen weiter und erhalten ihre Ausbildung, die staatlichen Einrichtungen arbeiten auch mit voller Kraft, die Bergleute, die 2014 unter Beschuss arbeiteten, arbeiten auch jetzt. Die Kennziffern, die die staatlichen Unternehmen zeigen, übersteigen die, die es unter der Ukraine gab. Und all das haben wir getan, die Lugansker, die Einwohner der Lugansker Volksrepublik“, sagte der Jugendaktivist.

Er fügte hinzu, dass die Einwohner der Republik mit dem vieltausendköpfigen Zug auch ihre Unterstützung für eine Reihe von Oblasten zeigen, wo Kiew den Kriegszustand eingeführt hat.

„Und zu allem unterstreichen wird, dass die Territorien, auf denen heute der Kriegszustand ausläuft, dass wir sie tatsächlich unterstützten, die die uns unterstützten, die die prorussische Bevölkerung unterstützen. Wir sagen, dass bei uns Krieg ist, aber wir halten durch und mögen sie durchhalten und dann wird uns alles gelingen“, sagte der Aktivist.

Der Abgeordnete des Volkssowjets der LVR Dmitrij Kukarskij fügte hinzu, dass die Republik heute trotz des militärischen Konflikts „vom Weg des Wiederaufbaus des Zerstörten zum Weg der sozialökonomischen Entwicklung“ übergeht.

„Wir haben ein weiteres schweres Jahr des Krieges, der Blockade, der totalen Isolation von Seiten des ukrainischen Aggressors überlebt, aber das Volk des Lugansker Landes ist lange auf diesen Sieg zugegangen, all diese vier Jahre, sogar mehr. Und mit diesem Marsch wollen wir zeigen, dass wir unbezungen bleiben werden wie wir unbezungen geblieben sind“, unterstrich der Abgeordnete.



[http://img.lug-info.com/cache/5/a/\(2\)_IMG_7907.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/5/a/(2)_IMG_7907.JPG/w620h420wm.jpg)

de.sputniknews.com: **Moskau: Israels Luftangriff gefährdete landende Zivilflugzeuge in Damaskus und Beirut**

Nach dem jüngsten Luftangriff gegen Syrien erhebt das russische Verteidigungsministerium Vorwürfe gegen Israel: Die Raketenattacke sei in dem Moment geschehen, als Passagierflugzeuge in Damaskus und Beirut gerade im Landeanflug waren. Unter den Flugzeugen waren laut der Behörde jedoch keine russischen Maschinen.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums in Moskau, Igor Konaschenkow, betonte zugleich, dass die syrische Armee Luftabwehrsysteme und Mittel der elektronischen Kampfführung nur eingeschränkt eingesetzt habe, um eine mögliche Tragödie zu verhindern. Dies habe den Fluglotsen in Damaskus ermöglicht, die Passagierflugzeuge aus der gefährdeten Zone auf den Ausweichflugplatz Hmeimim umzuleiten.

Die syrische Luftabwehr konnte laut Konaschenkow 14 der 16 israelischen präzisionsgelenkten Gleitbomben des Typs GBU-39 vernichten.

Zuvor hatte die syrische staatliche Nachrichtenagentur SANA berichtet, dass die israelische Luftwaffe am späten Dienstagabend Damaskus angegriffen hätte. Die meisten feindlichen Raketen seien jedoch abgeschossen worden. Drei syrische Soldaten sollen verletzt worden sein. Mit eineinhalb Stunden Dauer soll das ein beispiellos langer Luftangriff gewesen sein.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.12.2018**

In den letzten 24 Stunden wurden **18 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **elf Ortschaften** der Republik beschoss. In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj das **Gelände des Gagarin-Bergwerks** mit Schusswaffen beschossen:

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Martschenko und Mischantschuk sowie der 128. Gebirgstrumbbrigade, die von dem Kriegsverbrecher Sobko geleitet wird, aus **Dokutschajewsk, Alexandrowka, Jasinowataja, Staromichajlowka,**

Krutaja Balka, Spartak und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Sachanka, Leninskoje** und **Kominternowo** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur wurden nicht festgestellt.

Die vom Kommando der ukrainischen Besatzungsgruppen ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung von Waffen- und Munitionsdiebstahl erbringen keine Ergebnisse.

Geschäftstüchtige ukrainische Kämpfer haben wie bisher bei Machenschaften zur illegalen Ausfuhr und Verkauf von Waffen Erfolg. Im Vorfeld der Neujahrs- und Weihnachtsfeiertage strömen Freiwillige aus verschiedenen Oblasten der Ukraine in die Zone der Operation der Besatzungskräfte. Unter dem Vorwand, Geschenke an ukrainische Kämpfer und Kinder, die in den frontnahen Gebieten leben, auszuteilen, wird ein kriminelles Schema zur Ausfuhr von Waffen und Munition aus der Konfliktzone realisiert.

Im Zusammenhang damit, führt das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Maßnahmen zur Überprüfung der Organisation der Buchführung und des Vorhandenseins von Raketenartilleriewaffen in den Verbänden und Truppenteilen der Gruppierung durch. So sind die Kommandeure der Verbände und Truppenteile angewiesen, bis zum 27. Dezember eine Überprüfung des Zustands der Buchführung über Waffen und Munition sowie der Bedingungen für deren Lagerung durch interne Kommissionen der Truppenteile zu organisieren. Nach uns vorliegenden Informationen haben Freiwillige allein in der letzten Woche aus der OOS-Zone mehr als 50 Stück Waffen und eine große Zahl Munition herausgebracht.

Am 25. Dezember arbeitete im Verantwortungsbereich der 128. Brigade in Nowotroizkoje eine Inspektion des Raketenartilleriewaffendienstes des Stabs der OOS, um das Vorhandensein und die Buchführung des Raketenartilleriewaffenmaterials zu überprüfen. Die Kontrolleure entdeckten einen erheblichen Fehlbestand an Waffen und Munition in dem Brigadelager und den Bataillonslagern.

Wie dies in den ukrainischen bewaffneten Formationen üblich ist, vereinbarte der Kommandeur der 128. Brigade Sobko nach einem ausgearbeiteten Schema mit den Mitgliedern der Kommission die Geheimhaltung des Fehlbestands gegenüber dem übergeordneten Kommando.

Der Waffendiebstahl blüht nicht nur in der Zone der Operation der Besatzungskräfte, sondern auch in den ständigen Stationierungspunkten sowie auf den Truppenübungsplätzen in der Tiefe der Ukraine. So wurde am 22. Dezember am Stationierungsort der 24. mechanisierten Brigade, die sich auf dem Jaworowskij-Truppenübungsplatz im Oblast Lwow befindet, der Diebstahl von Raketenartilleriewaffenmaterial in einer Summe von mehr als 10 Millionen Griwna entdeckt.

Wir schließen nicht aus, dass bald Informationen über einen weiteren Brand in irgendeinem Lager mit Munition, mythische Drohnen und Diversionsgruppen, die angeblich an dem Brand Schuld sind, auftauchen werden, um den Fehlbestand zu verheimlichen und die Schuld auf uns zu schieben.

So werden Diebstahl und ein nachlässiges Verhältnis zu den dienstlichen Obliegenheiten in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine zu einem natürlichen Zustand der „ruhmreichen“ ukrainischen Armee, die danach strebt, einen Platz in der NATO zu finden. Die angeführten Fälle demonstrieren ein weiteres Mal die Korruptheit und Nichteinmischung von Seiten der höheren militärischen Führung und in einigen Fällen auch die Deckung der Verbrecher, die ihre Machenschaften betreiben und dabei Deckung im Dienst in den BFU finden.

de.sputniknews.com: **Botschafter: Erneut Flüge russischer Kampffjets nach Venezuela möglich**

Russlands Botschafter in Venezuela, Wladimir Sajemski, schließt nicht aus, dass erneut russische Kampffjets in dieses südamerikanische Land geschickt werden.

„Im Rahmen des russisch-venezolanischen Zusammenwirkens in dieser Richtung wird nicht ausgeschlossen, dass derartige Veranstaltungen auch in Zukunft stattfinden werden, und zwar wie zuvor unter strikter Einhaltung der Völkerrechtsnormen“, kommentierte der Diplomat die scharfe Kritik an dem vor kurzem erfolgten Flug russischer Kampffjets seitens der USA. Zudem wies er die Informationen über angebliche Verhandlungen zur Einrichtung einer russischen Militärbasis in Venezuela als Erfindung zurück.

Am 10. Dezember waren zwei russische strategische Tu-160-Überschallbomber in Venezuela eingetroffen, um an einer Militärübung teilzunehmen. Den beiden so genannten „Weißen Schwänen“ waren ein schweres Frachtflugzeug vom Typ An-124 „Ruslan“ und eine Il-62-Passagiermaschine gefolgt. Am 14. Dezember verließen die russischen Tu-160-Flugzeuge das Land.

Das Pentagon bezeichnete den Flug der russischen Flugzeuge nach Venezuela als „provokativ“. Die Webseite „Washington Free Beacon“ verwies ihrerseits darauf, dass dies bereits der siebte Flug von Tu-160-Bombern nach Südamerika innerhalb der letzten sieben Monate gewesen sei.

Auch US-Außenminister Mike Pompeo wollte dazu nicht schweigen: „Die russische Führung hat ihre Bomber durch die ganze Welt nach Venezuela geschickt. Die Völker Russlands und Venezuelas sollten das so sehen, wie es ist: Zwei korrupte Regierungen vergeuden öffentliche Mittel und unterdrücken die Freiheit, während ihre Bevölkerung leidet“, betonte er.

Der Kreml ließ sich mit einer Reaktion nicht lange Zeit. „Was die Geldverschwendung angeht, so sind wir damit nicht einverstanden. Und für ein Land, für dessen halben Militäretat ganz Afrika ernährt werden könnte, sind solche Aussagen aus meiner Sicht unangebracht“, sagte Präsident Putins Sprecher Dmitri Peskow.

Das russische Außenministerium teilte mit, dass die Jets auf dem Weg nach Venezuela bei bestimmten Streckenabschnitten von F-16-Kämpfern der norwegischen Luftwaffe begleitet worden waren.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

Von den Positionen der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Donezkij** und **Shelobok** mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Tatus wurde das Gebiet von **Losowoje** mit Granatwerfern beschossen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 40 Geschosse abgefeuert.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Trotz der Aufrufe der Weltöffentlichkeit, den militärischen Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen, ist das verbrecherische Regime Poroschenko weiterhin auf eine gewaltsame Methode der Lösung des Konflikts ausgerichtet. Mit diesem Ziel stationiert das Kommando der ukrainischen Streitkräfte weiter verbotene Waffen an der Kontaktlinie.

So in den Gebieten folgender Ortschaften: In Popasnaja wurde die Stationierung von drei Schützenpanzern und einem Schützenpanzerwagen bemerkt. In Solotoje-4 wurde die Stationierung eines Panzers bemerkt, der zwischen Wohnhäusern getarnt ist.

An der Eisenbahnstation Rubeshnoje wurde die Ankunft und Entladung eines Zugs mit Technik aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade beobachtet. Nach der Entladung fuhr die Technik nach Solotoje-4.

Die OSZE-Mission bemerkt auch die Verwendung von Objekten ziviler Infrastruktur und privaten Wohnhäusern durch die ukrainischen Truppen zur Unterbringen von Personal, Waffen und Militärtechnik.

Im Gebiet von Solotoje-4 wurden auf dem Territorium eines privaten Hauses neue Positionen von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

Der Zugang der örtlichen Einwohner zu diesem Gebiet ist blockiert, sie werden aus ihren Häusern und Androhung von Vergeltung vertrieben.

Wegen der geringen materiell-technischen Versorgung der ukrainischen Armee und dem Eintreten von ungünstigen Wetterbedingungen können die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte einfach nirgends leben. So hat nach unseren Informationen die militärisch-zivile Verwaltung des Lugansker Oblast den kommunalen Diensten die Anweisung erteilt, private Häuser daraufhin zu überprüfen, ob es Rückstände bei den Zahlungen für kommunale Dienstleistungen und eine lange Abwesenheit der Besitzer gibt. Wenn solche Verstöße entdeckt werden, sollen diese Häuser in kommunales Eigentum überführt werden, um dann Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dort unterzubringen.

Die Versorgung der Volksmiliz mit allem Notwendigen für eine erfolgreiche Erfüllung ihrer Aufgaben ist wie bisher auf hohem Niveau! Ich will ein weiteres Mal erklären, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen streng einhält, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite bereit ist, entschieden zu handeln.

Ukrinform.ua: „Stugna“, „Wilcha“, „Neptun“: Armee bekommt neue Waffen

Der staatliche Rüstungskonzern Ukroboronprom hat 2018 rund 2500 Stück hochpräziser Waffen an die Armee übergeben.

Das meldet die Pressestelle des Unternehmens am Mittwoch. Darunter seien Panzerabwehrwaffen, „Stugna -P“, „Korsar“, „Sarmat“, Raketenkomplexe „Wilcha“, Marschflugkörper „Neptun“, hochpräzise 152-mm-Geschosse „Kwitnyk“.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_12/thumb_files/630_360_1545827164-500.jpg

de.sputniknews.com: Nach Kertsch-Vorfall: Poroschenko beendet Kriegsrecht in der Ukraine

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat das 30-tägige Kriegsrecht, dessen Geltungsdauer am heutigen Montag ausgelaufen ist, für beendet erklärt.

„Das ist meine grundsätzliche Entscheidung“, sagte Poroschenko am Mittwoch bei einer

Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates.

Diese Entscheidung basiere auf der Analyse der Sicherheitslage in der Ukraine, hieß es. Dabei versicherte Poroschenko, dass das Verhängen des Kriegsrechts sich kaum auf die kommenden Wahlen auswirken werde, die am 31. März 2019 stattfinden.

Poroschenko hatte das Kriegsrecht in der Ukraine wegen des Vorfalls in der Straße von Kertsch am 25. November ausgerufen, als die russische Küstenwache drei ukrainische Schiffe aufgebracht und die 20-köpfige Besatzung, darunter mindestens zwei Geheimdienstler, festgesetzt hatte.

Die Schiffe, die Waffen an Bord hatten, wollten ins Asowsche Meer fahren, ohne dass die Durchfahrt zuvor beim russischen Grenzschutz angemeldet worden war. Die Schiffe mit abgeschalteten Transpondern drangen unerlaubt in das russische Territorialgebiet ein und reagierten nicht auf Warnungen der russischen Seite, dass sie die Staatsgrenze verletzten. Moskau bezeichnete dies als einen Verstoß gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und gegen bilaterale Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern. Die ukrainische Regierung bestreitet die Version der russischen Seite und wirft Moskau „Aggression“ vor.

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR D. Bessonow

Zur Ablenkung der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der geplanten Provokation mit Giftstoffen füllt das Kommando der ukrainischen Besatzungstruppen den Informationsraum mit falschen Beschuldigungen gegenüber der Volksmiliz der DVR. So haben die Propagandisten aus dem Stab der Besatzungskräfte gemeinsam mit den kontrollierten Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK mitgeteilt, dass Soldaten der Volksmiliz der DVR Jushnoje mit großkalibrigen Schusswaffen beschossen hätten. Dabei führen die ukrainischen Propagandisten als Beweise Fotos von Häusern an, die durch Treffer mit schwerer ukrainischer Artillerie infolge von Kampfhandlungen bereits in den Jahren 2014-2015 vollständig zerstört wurden.

Ich erkläre offiziell: Die Volksmiliz der Republik hält im Unterschied zu den ukrainischen Besatzern ihr Verpflichtungen streng ein und gefährdet darüber hinaus auch nicht das Leben und die Gesundheit friedlicher Bürger.

de.sputniknews.com: „Die Soldaten sind nicht schuld“: Ex-Präsident Polens zu Denkmäler-Abriss

Die sowjetischen Soldaten haben es laut dem polnischen Ex-Präsidenten Lech Walesa nicht verdient, dass deren Denkmäler im Land demontiert werden. Walesa sieht den Grund für den Denkmäler-Abriss in der Mentalität der polnischen Bürger.

Die Ansprüche Polens an die Sowjetunion könnten nicht für die gefallenen Sowjetsoldaten gelten, so Walesa gegenüber Sputnik. „Die Soldaten sind nicht schuld, die Friedhöfe sind nicht schuld, aber was kann man schon tun, wenn die Menschen eine solche Mentalität haben?“, sagte er weiter.

Obwohl Polen mehr gegen die Deutschen als die Russen gekämpft habe, hätten sich die Beziehungen zu Deutschland verbessert, nicht jedoch zu Russland. Das lasse sich dadurch erklären, dass die Deutschen alles, was sie gemacht haben, aufrichtig zugegeben haben.

„Russland hat nie eine Beichte abgelegt“, so Polens Ex-Präsident weiter.

Im Herbst 2017 hatte der polnische Präsident Andrzej Duda Änderungen zum Gesetz über die „Dekommunisierung“ unterzeichnet, die es ermöglichen, im ganzen Land Denkmäler, darunter auch Büsten und Gedenktafeln, abzureißen, die Sowjetsoldaten gewidmet sind. Darüber hinaus sollen kommunistische Elemente unter anderem auch aus den Namen von Schulen und anderen sozialen Einrichtungen sowie Straßen, Brücken und Plätzen entfernt werden...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31681/66/316816668.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz der Gesundheitsministerin der DVR Olga Dolgoschapko über die Arbeit des Jahres 2018

Das Gesundheitssystem der Republik erfüllt seine Aufgaben unter nicht einfachen Bedingungen. Insbesondere haben die Ärzte eine unkontrollierbare, katastrophale Verschlechterung des Gesundheitszustands der Bevölkerung, das Aufkommen von Epidemien verhindert. Das Netz von staatlichen und kommunalen Gesundheitseinrichtungen, das auf drei Ebenen organisiert ist, wurde erhalten.

Die demographische Situation in der Republik bleibt weiter schwierig. Trotz des Sinkens der Sterblichkeit unter der Bevölkerung bleibt diese hoch (14,6 pro 1000). Dabei sinkt auch die Geburtenrate, was im Ergebnis zu einer natürlichen Verringerung der Bevölkerung führt. Die positive Dynamik des Sinkens der Kindersterblichkeit bleibt erhalten (innerhalb von drei Jahren sank sie um 32,6%, im letzten Jahr um 14,5%). Es ist eine deutliche Tendenz zur Verringerung von Totgeburten zu sehen.

Es wurde ein unerhebliches Anwachsen (um 0,2%) der Erkrankungshäufigkeit der gesamten Bevölkerung festgestellt, vor allem aufgrund chronischer Erkrankungen, Kreislauferkrankungen. Chronischer Stress ist weiterhin eine der grundlegenden Ursachen des hohen Krankheitsstands mit Herzinfarkten und Infarkten. Dabei ist es gelungen, nicht nur ein Anwachsen der Kennziffern sozial bedeutsamer Erkrankungen zu verhindern, sondern sogar deren Absinken zu erreichen.

So sind in den ersten 9 Monaten des Jahres 2018 die Kennziffern für die Verbreitung von Tuberkulose in der Republik insgesamt um 9,4% geringer als im Vorjahr. Der Krankheitsstand mit Tuberkulose sank im Vergleich zu letzten Jahr um 8,7% und um 29,6% im Vergleich zur Vorkriegszeit. Und die Sterblichkeit bei dieser Krankheit ist in diesem Jahr im Vergleich zu 2014 61,5% geringer. In diesem Jahr ist auch der Erkrankungsstand bei Koinfektionen (TB/HIV) um 8,2% gesunken. Die Tuberkulosekranken sind zu 100% mit den notwendigen Medikamenten versorgt.

Im Jahr 2018 wurde ein Absinken des Erkrankungsstandes mit bösartigen Tumoren um 2,4% festgestellt. Der Anteil der Erfassung der Kranken durch spezielle Behandlungen stieg und ebenfalls der Anteil von Kranken, die fünf Jahre nach Diagnose noch in Behandlung sind. Die Erkrankungsstand mit HIV-Infektionen ist um 14,4% gesunken, der von AIDS um 3%. Die Erfassung der Patienten durch Behandlung mit Antiretrovirosmitteln ist von 50,3% auf 62% gestiegen. Die Sterblichkeit an AIDS ist um 5,9% gesunken.

Die ambulante und Behandlung in Polikliniken für die Bevölkerung erfolgt in 70 medizinischen Fachgebieten. Während des Jahres wurden etwa 20 Mio. Ambulatoriumsbesuche registriert. Der Stand am 1. Dezember ist, dass 20.803

Krankenhausbetten zur Verfügung stehen, es gibt 69 Fachrichtungen bei der stationären Behandlung.

Vorrangig bleibt in der Republik die medizinische Hilfe für Mütter und Kinder. In den örtlichen Sanatorien erholen sich jährlich etwa 1000 Kinder, davon sind mehr als 15% Waisen oder Kinder mit Behinderung. Es werden Maßnahmen zum medizinisch-sozialen Schutz und zur medizinisch-pädagogischer Rehabilitation von Waisen durchgeführt. Die tatsächliche Finanzierung für Kinderhäuser hat sich verdoppelt.

In den Geburtshilfeeinrichtungen der Republik erfolgten dieses Jahr 8043 Geburten, 8072 Kinder wurden geboren. Das System von drei Ebenen bei der Perinatalmedizin wurde erhalten, moderne Methoden zur Lebenserhaltung von Kindern, die mit extrem niedrigen Gewicht geboren werden, sind weit verbreitet, es gibt es ein effektives System, um vorgeburtlich Schäden festzustellen und zu einer frühzeitigen operativen Behandlung derselben.

Am wichtigsten für die Überlebensprognose eines Kranken oder Verletzten ist eine rechtzeitige Behandlung durch Notfallärzeteams sowie eine hoch spezialisierte medizinische Behandlung unter Bedingungen der nicht beendeten militärischen Aggression von Seiten der Ukraine. In den ersten 11 Monaten 2018 haben Notfallärzeteams 387.022 Einsätze gehabt, Konsultanten des republikanischen Zentrums für medizinische Notfallhilfe und medizinische Katastrophen haben 2364 Einsätze gehabt, dabei wurden 229 Operationen durchgeführt, 768 Patienten kamen in medizinische Einrichtungen der 3. Ebene.

Trotz der angespannten epidemiologischen Situation haben die vom staatlichen sanitär-epidemiologischen Dienst des Gesundheitsministeriums der DVR durchgeführten prophylaktischer und antiepidemischen Maßnahmen erlaubt, sie unter Kontrolle zu halten. Der Erkrankungsstand mit durch Impfungen zu kontrollierenden Infektionen ist um 18% gesunken. Gleichzeitig ist ein Ansteigen von Infektionen mit Masern, Röteln, ersten Darminfektionen mit Viren festzustellen.

Im Zusammenhang mit dem saisonalen Ansteigen von Grippe- und SARS-Erkrankungen wurden organisatorische, prophylaktische und antiepidemische Maßnahmen zur Verhütung der Ausbreitung der Krankheiten in der Bevölkerung ergriffen. 99.460 Personen aus Gruppen mit erhöhter Gefährdung wurden gegen Grippe geimpft.

Außerdem bleibt eine angespannte epidemische Situation bei besonders gefährlichen Tierseuchen. In den ersten elf Monaten 2018 wurden 35 Fälle von Tollwut bei Tieren im Labor bestätigt, 3614 Menschen haben sich wegen Behandlungen gegen Tollwut an die medizinischen Einrichtungen gewandt. ...

In den Einrichtungen des Gesundheitswesens arbeiten 9.200 Ärzte und 18.200 Mitarbeiter des medizinischen Personals der mittleren Ebene. Hauptproblem bleibt die niedrige Ausstattung mit Kadern. Zum Stand am 1. Oktober 2018 beträgt die Personalausstattung bei Ärzten 61%, bei weiteren Spezialisten mit medizinischer Ausbildung 71%. Das Defizit an Ärzten beträgt etwa 6000 Personen, an weiteren Spezialisten mit medizinischer Ausbildung etwa 7500.

Ein erhebliches Kaderdefizit gibt es bei der Grundversorgung. Die Personalausstattung bei Therapeuten vor Ort beträgt nur 40%, bei Kinderärzten 52,2%, bei Familienärzten 50%.

Am 1. Dezember dieses Jahres hatte sich das mittlere Arbeitsentgelt in den medizinischen Einrichtungen im Vergleich zum Dezember 2017 um 18% erhöht. Das mittlere Arbeitsentgelt im November 2018 betrug im Gesundheitsbereich 9.618,00 Rubel. Nach Kategorien aufgeteilt betrug das mittlere Arbeitsentgelt im November: Ärzte – 14.982 Rubel, mittleres medizinisches Personal 10.041 Rubel, niedrigeres medizinisches Personal 6.584 Rubel, übrige – 6479 Rubel, Spezialisten – 9.066 Rubel, Pädagogen und wissenschaftliche Mitarbeiter – 16.923 Rubel.

In der Republik gibt es ein Zentrum für Berufskrankheiten und Rehabilitation, das die Arbeiter der Industriebetriebe und der Landwirtschaft, die hohe Risikofaktoren für Berufskrankheiten haben oder an Folgen des Unfalls an einem Atomkraftwerk leiden, mit

hochqualifizierter medizinischer Behandlung versorgt. In diesem Zentrum gibt es es auch ein Programm für physische und psychische Rehabilitation von Personen, die unter den Kriegshandlungen gelitten haben und Mitglieder ihrer Familien.

Im Berichtszeitraum haben 650 Patienten dieser Kategorie eine stationäre Behandlung erhalten. Rehabilitation haben 1217 Einwohner der Republik erhalten. Auf Basis der Einrichtungen des Gesundheitswesens wurde ein mobiles Beratungszentrum für die ärztliche Behandlung der erwachsenen Bevölkerung abgelegener Bezirke der DVR organisiert. Im Jahr 2018 haben Fachärzte bei diesen geplanten Konsultationen 2797 Einwohner abgelegener Gebiete untersucht und 814 diagnostische Untersuchungen durchgeführt.

Für die Fahrten der Spezialisten verfügt das mobile Zentrum über einen Bus mit 18 Plätzen aus der humanitären Hilfe, der mit einem EKG-Gerät und einem tragbaren Ultraschallgerät ausgerüstet ist. Außerdem hat das Zentrum im Rahmen der humanitären Hilfe eine mobile Mammographieanlage auf Basis eines „Kam-AS 4308“-Fahrzeugs erhalten.

de.sputniknews.com: **Putin: Russland hat jetzt neue Art von strategischen Waffen**

Die russische Armee hat die Tests des Systems Avantgarde abgeschlossen. Laut Präsident Wladimir soll die neue superschnelle Gleiter-Rakete mit interkontinentaler Reichweite demnächst an die Truppe gehen. Die neuartige Waffe, die mit unglaublichen 20 Mach im Zick-Zack ins Ziel fliegen können soll, hatte Putin bereits im März vorgestellt.

Am Mittwoch haben die russischen Raketentruppen in Dombarowski im Gebiet Orenburg eine Rakete des Typs Avantgarde gestartet. Ihr Hyperschall-Gefechtskopf ging nach Angaben des Verteidigungsministeriums auf dem rund 6000 östlich gelegenen Truppenübungsplatz Kura auf der Pazifik-Halbinsel Kamtschatka zielgenau nieder. Im Flug soll er senk- und waagerecht manövriert haben.

Mit diesem Start, den Präsident Wladimir Putin aus dem Nationalen Verteidigungszentrum in Moskau live beobachtete, sei das staatliche Erprobungsprogramm abgerundet worden, kommentierte das Presseamt des Kremls. „Der Komplex Avantgarde wird planmäßig bei den Strategischen Raketentruppen den Dienst antreten.“

Präsident Putin sprach von einem „vollen Erfolg“. Das neue Raketensystem werde im kommenden Jahr in den Dienst gestellt.

„Russland hat eine neue strategische Waffe bekommen, die erste ihrer Art in der Welt. Sie wird die Verteidigung unseres Staates, unseres Volkes in den nächsten Jahrzehnten sicherstellen“, sagte Putin bei einem Treffen mit Regierungsmitgliedern in Moskau.

Und weiter:

„Das neue System Avantgarde ist für Luft- und Raketenabwehrmittel des wahrscheinlichen Gegners nicht verwundbar, weder für die bereits existierenden noch für die künftigen.“

Waffenexperte Konstantin Siwkow bestätigte in einem Sputnik-Gespräch, dass Russland mit dem Avantgarde-System den USA fünf bis sechs Jahre voraus sei. „Ein amerikanisches Pendant befindet sich erst in der Entwicklung“, sagte Siwkow, Präsident der Moskauer Akademie für geopolitische Probleme.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32161/57/321615709.jpg>

de.sputniknews.com: **Estland: Mangelnde Heimatliebe wird ab jetzt bestraft**

In Estland sind Änderungen am Strafvollzugskodex vorgenommen worden, die den Tatbestand von Verbrechen gegen Sicherheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität präzisieren. Wie das estnische russischsprachige Portal ERR berichtet, wird jetzt „die Schaffung bzw. Unterstützung einer negativen Einstellung zum Land“ strafrechtlich geahndet. Auch juristische Personen, die „Verbrechen gegen die Republik Estland begangen haben“, werden laut dem novellierten Kodex zur Verantwortung gezogen. Es kann sich um eine Geldstrafe, aber auch um die Beschlagnahme des Vermögens der betreffenden Firma handeln, wenn dieses auf verbrecherischem Wege erwirtschaftet worden sein sollte. Als Einzelverbrechen wird laut dem Portal gegen die Sicherheit Estlands gerichtete Tätigkeit im Auftrag eines ausländischen Geheimdienstes betrachtet. Der angeklagten Person drohen bis zu zwölf Jahre Haft.

Dan-news.info: **Die Erklärung über eine Beendigung des Kriegszustands in der Ukraine hebt die Gefahr einer Wiederaufnahme groß angelegter Kampfhandlungen im Donbass von Seiten der ukrainischen Truppen nicht auf.** Dies erklärte heute gegenüber DAN der stellvertretende Leiter der Volksmiliz der DVR Eduard Basurin.

„Die Gefahr eines Überfalls der ukrainischen Kämpfer im Donbass bleibt, alle Aktivitäten der bewaffneten Formationen der Ukraine zeugen von der Absicht, die breit angelegten Aktivitäten wieder aufzunehmen. Sie konzentrieren weiter Technik an der Frontlinie, ziehen Kräfte zusammen, und zeigen so ihre Bereitschaft, den Konflikt nur auf gewaltsamem Weg zu lösen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Basurin fügte auch hinzu, dass die Soldaten der Volksmiliz der DVR auf jede Entwicklung der Ereignisse und zur Abwehr aller Angriffsversuche von Seiten der ukrainischen Streitkräfte bereit sind.

„Ich rufe die Weltöffentlichkeit auf, ihre ständige Aufmerksamkeit auf die Handlungen Kiews zu richten und auf ihre unbedachten Handlungen einzuwirken“, fasste Basurin zusammen. Zuvor hatte heute der Präsident der Ukraine Pjotr Poroschenko während einer Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine erklärt, dass der Kriegszustand im Land beendet sei.

de.sputniknews.com: **„El País“: USA wollen Medaillengewinner wegen Doping bestrafen**

– außer Amerikaner

Das so genannte Rodtschenkow-Gesetz ist laut der spanischen Zeitung „El País“ dem US-Senat vorgelegt worden. Sollte es angenommen werden, könnten die USA jegliche Medaillengewinner, deren Dopingtests positiv ausgefallen sind, zu einer Haftstrafe verurteilen.

Der Anti-Doping-Gesetzesvorschlag aus den USA, der vorsehe, Doping bei Sportgroßereignissen als Straftatbestand einzuordnen und zu bestrafen, würde den USA ermöglichen, beliebige Sportler aus einem beliebigen Land zu fünf Jahren Gefängnis zu verurteilen.

Dabei stelle diese Initiative keine Bedrohung für US-amerikanische Sportler dar, schreibt das Blatt weiter.

Sollte Präsident Donald Trump diesen Gesetzentwurf unterschreiben, würden die USA eine Waffe bekommen, mit der sie als „Weltgendarm im Kampf gegen Doping“ agieren könnten, heißt es in dem Artikel.

Um auch weiter „die Stadt auf dem Hügel“ zu bleiben, müssten die USA erreichen, dass alle Käuflichen und Rechtsverletzer jederzeit Rede und Antwort stehen, so der demokratische Senator Sheldon Whitehouse, der den Gesetzentwurf in den Senat eingebracht hatte. „Dies bedeutet für uns, Russland einen unwiderruflichen Widerstand zu leisten“, so Whitehouse. Die USA wollten verhindern, dass Russland Korruption als Waffe der internationalen Politik einsetzt.

Der Ex-Chef des Moskauer Anti-Doping-Labors und Kronzeuge der Internationalen Anti-Doping-Agentur (WADA), Grigori Rodtschenkow, war Anfang 2016 in die USA geflüchtet. Auf seinen Vorwürfen gegen russische Sportler basieren die Ermittlungen zum angeblichen Staatsdoping in Russland.

Ukrinform.ua: **Sicherheitsrat behandelt heute neue Sanktionen gegen Russland**

Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine werde in der Sitzung am Mittwoch die Frage über die Verhängung von Sanktionen im Zusammenhang mit der Durchführung der sogenannten „Wahlen“ im besetzten Teil des Donbass und die Aggression am Asowschen und Schwarzen Meer behandeln, erklärte Präsident Petro Poroschenko in der Sitzung des Sicherheitsrates, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Seinen Worten zufolge würden auf die Sanktionsliste auch „eine erhebliche Zahl“ der Abgeordneten der Staatsduma und die Unternehmen gesetzt, die „in einer oder anderer Weise der Ukraine entgegenstehen“.

de.sputniknews.com: **Russischer Patriarch: Orthodoxes Vereinigungskonzil in Kiew gescheitert**

Das so genannte Vereinigungskonzil in Kiew ist nach Einschätzung von Patriarch Kyrill von Moskau und ganz Russland „gescheitert“. Statt die orthodoxen Christen der Ukraine zu vereinigen, habe das Konzil lediglich die Spalter legalisiert.

„Bei dem Vereinigungskonzil hat es keine Vereinigung gegeben“, sagte Kyrill, Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, am Mittwoch in Moskau. Patriarch Bartholomäus von Konstantinopel habe die Schismatiker legalisiert.

Diese Legalisierung sei „illegal und antikanonisch“, denn die Ukraine „gehört nicht in die Jurisdiktion“ des in Istanbul sitzenden Patriarchen Bartholomäus.

Bei dem Konzil, das am 15. Dezember vom ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko einberufen worden war, wurde die Gründung einer neuen „autokephalen Kirche“ der Ukraine ausgerufen. Die Russisch-orthodoxe Kirche, die sich aus dem Konzil herausgehalten hat, erkennt den Beschluss nicht an.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32341/66/323416613.jpg>

de.sputniknews.com: **Russland zu Chinas bestem Partner verkündet – Deutschland ebenfalls dabei**

Moskau hat die höchste Punktzahl für die Zusammenarbeit mit Peking im Rahmen des Projekts „Belt and Road“ kassiert. Darauf folgen Singapur, Malaysia, Kasachstan und Deutschland. Der sogenannte „Compatibility Index“ soll den Entwicklungsstand der chinesischen Kooperationen mit den an dem Projekt teilnehmenden Ländern widerspiegeln. Die Universität Peking hat in Zusammenarbeit mit dem Taihe-Institut den aktualisierten „Compatibility Index“ vorgelegt. Dieser bewertet Länder, die für eine Zusammenarbeit im Rahmen des chinesischen Projekts „Belt and Road“ geeignet sind. Wissenschaftler der beiden Organisationen bewerteten 94 Länder, die sich in fünf Kategorien für die Teilnahme an dem Projekt entschieden hatten, und fällten ein Urteil: Bei mindestens einem Drittel muss China sehr vorsichtig sein. Diese Länder hätten ernste finanzielle, politische oder infrastrukturelle Probleme, die chinesische Investitionen beeinträchtigen würden.

Das Gegenteil soll Russland sein. Das Land erhielt 86,24 Punkte und belegte damit den ersten Platz des „Compatibility Index“. Singapur, Malaysia, Kasachstan und Deutschland ergänzten die Liste der zuverlässigsten Partner.

Das im Herbst 2013 gestartete Projekt „Belt and Road“, oder „Belt and Road Initiative“, soll die infrastrukturelle Kompatibilität aller Regionen der Welt gewährleisten und China zum Zentrum einer neuen Gemeinschaft machen, die als „Gemeinschaft des gemeinsamen Schicksals“ bezeichnet wird. Der Initiative haben sich bereits 94 Länder angeschlossen. Sie setzen auf chinesische Investitionen, die in großen Mengen versprochen wurden: für das Projekt „Silk Road Fund“ (Kapitalisierung 40 Milliarden US-Dollar), die Asian Infrastructure Investment Bank (100 Milliarden) und viele andere kleinere Strukturen. Insgesamt wurde den Partnern etwa eine Billion US-Dollar zugesagt.

abends:

Dan-news.info: Im Vorfeld der Neujahrsfeiertage hat eine Initiativgruppe von Abgeordneten der Staatsduma der RF 34.000 Päckchen mit Süßigkeiten für die Kinder der Republik in die DVR gebracht.

„Heute sind wir nach Donezk gekommen, um drei Ladungen mit Geschenken sowie eine Ladung mit Lebensmitteln und verschiedenen Dingen für Kinderheime zu übergeben“,

erklärte einer Abgeordneten Nikoaj Kolomejzew (KPRF-Fraktion, Anm. d. Übers.). Er fügte hinzu, dass insgesamt „34.000 Geschenke für Kinder und etwa 15 Tonnen Lebensmittel gebracht wurden.“

Insgesamt kamen drei Abgeordnete in die Hauptstadt der DVR, die an der Übergabe der humanitären Hilfe beteiligt waren. Während des Besuchs führten sie auch Arbeitstreffen mit Parlamentariern der DVR durch und besuchten auch das das Neujahrsfest im Donezker republikanischen Palast für Kinder- und Jugendkunst. Dort gratulierten sie Kindern von Gewerkschaftsaktivisten der DVR zum Neuen Jahr.